



Medienmitteilung

SPERRFRIST: 22. September 2011, 11.00 Uhr

Aus der Regierung

Staatskanzlei
Kommunikation
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T 058 229 32 64
hildegard.jutz@sg.ch

St.Gallen, 22. September 2011

Regierung verabschiedet Voranschlag 2012

Verschärfte Finanzlage trotz grosser Sparanstrengungen

Die Regierung hat den Voranschlag 2012 mit einem Aufwandüberschuss von 30.2 Mio. Franken und Nettoinvestitionen von 194.2 Mio. Franken verabschiedet. Um die gesetzlich zulässige Limite für den Aufwandüberschuss nicht zu überschreiten, sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital im Umfang von 200 Mio. Franken sowie eine Anpassung des Steuerfusses um 10 Prozentpunkte notwendig. Die Verschlechterung der Haushaltsituation ist ertragsbedingt. Auf der Aufwandseite wurden die Vorgaben des Kantonsrates umgesetzt.

Die mutmassliche Rechnung 2011 und der Voranschlag 2012 zeigen folgende Gesamtergebnisse:

	Voranschlag 2011 Mio. Fr.	mutm. Rechnung 2011 Mio. Fr.	Voranschlag 2012 Mio. Fr.
Laufende Rechnung			
Aufwand	4'372.9	4'408.6	4'395.0
Ertrag (vor Bezug Eigenkapital)	4'194.7	4'138.6	4'139.2
Bezug besonderes Eigenkapital	30.6	54.8	25.6
Bezug freies EK	125.0	125.0	200.0
Aufwandüberschuss	28.9	90.3	30.2
Investitionsrechnung			
Ausgaben	289.1	254.0	242.8
Einnahmen	37.9	37.9	48.6
Nettoinvestition	251.1	216.2	194.2

Ergebnis verschlechtert sich bereits im Jahr 2011

Die mutmassliche Rechnung 2011 weist bei Eigenkapitalbezügen von rund 180 Mio. Franken auf einen Aufwandüberschuss von rund 90 Mio. Franken hin. Der Aufwandüberschuss fällt damit deutlich schlechter aus als budgetiert. Die Gründe liegen bei substantiell tieferen Steuer- und Vermögenseinnahmen einerseits und sich abzeichnenden Mehrkosten im Gesundheitsbereich (Individuelle Prämienverbilligung, Spitalfinanzierung, Vergleichslösung der Lohngleichheitsklage des Pflegepersonals und der Hebammen) andererseits.



Massnahmen auf der Aufwandseite

Die Regierung hat diverse Anstrengungen unternommen, um das Aufwandwachstum zu senken. Insgesamt wurden die Ausgaben aller Departemente und der Staatskanzlei um rund 140 Mio. Franken reduziert. Konkret wurden folgende Entlastungsmassnahmen umgesetzt:

- Integrale Umsetzung der Massnahmen zur Bereinigung des strukturellen Defizits (Sparpaket II) mit einer Entlastungswirkung von insgesamt rund 80 Mio. Franken;
- Umsetzung von zusätzlichen Entlastungsmassnahmen von rund 60 Mio. Franken (davon rund 30 Mio. Kürzungen im Personalbereich) durch restriktive Saldovorgaben an die Departemente;
- Verzicht auf Teuerungsausgleich und Reallohnerhöhung beim Staatspersonal;
- Streichung sämtlicher Stellenbegehren aller Departemente (26 Stellen).

Das bereinigte Aufwandwachstum (ohne Gesundheitseinrichtungen) beträgt nur noch rund 1.0 Prozent. Selbst wenn man die Aufwendungen für die ab 2012 "spezialfinanzierten" Gesundheitseinrichtungen (neue Spitalfinanzierung) hinzuzählt, liegt das Wachstum mit 1.9 Prozent deutlich unter dem im Aufgaben- und Finanzplan 2012-2014 für das Jahr 2012 angenommenen Wachstum von 6.6 Prozent.

Stagnierende Steuererträge

Was sich in den letzten Monaten in der (Export-)Wirtschaft sowie an der Finanz- und Währungsfront abzeichnete, spiegelt sich auch bei den Erträgen im Voranschlag. Die finanzielle Lage des Kantons ist angespannt und wird es wohl auch noch einige Zeit bleiben.

Die im Aufgaben- und Finanzplan 2012-2014 prognostizierten Steuererträge – insbesondere bei den juristischen Personen – sind zu optimistisch eingeschätzt. Der Wirtschaftsaufschwung des Vorjahres hat sich nicht wie erhofft fortgesetzt. Statt des prognostizierten Anstiegs der steuerbaren Gewinne verzeichnen die St.Galler Unternehmen im Durchschnitt stagnierende, wenn nicht sogar leicht rückgängige Steuererträge. Dies macht sich im Voranschlag 2012 eins zu eins in den Steuererträgen der juristischen Personen bemerkbar.

Weitere ertragsseitige Veränderungen

Erschwerend kommt hinzu, dass für das Jahr 2012 mit keinen Gewinnausschüttungen der Nationalbank zu rechnen ist. Dies allein hat einen Einnahmefehl von 101.6 Mio. Franken zur Folge. Dank eines im schweizerischen Vergleich etwas höheren Ressourcenindex gehen auch die Einnahmen aus dem Bundesfinanzausgleich zurück.

Insgesamt ist für das Jahr 2012 von Mindereinnahmen (gegenüber dem AFP 2012) von rund 200 Mio. Franken auszugehen:

- | | |
|---|----------------|
| • Gewinnausschüttungen Nationalbank | - 100 Mio. Fr. |
| • Minderertrag kantonaler Steuerertrag | - 76 Mio. Fr. |
| • Minderertrag Anteil direkte Bundessteuern | - 11 Mio. Fr. |
| • Mindereinnahmen NFA | - 18 Mio. Fr. |
| • Vermögenserträge | - 8 Mio. Fr. |



Anpassung des Steuerfusses unumgänglich

Diese Mindereinnahmen können allein mit rigorosen Sparmassnahmen nicht aufgefangen werden. Zur Sicherstellung eines ausgeglichenen Budgets wird eine Erhöhung des Staatssteuerfusses von 95 auf 105 Prozent notwendig. Die Regierung ist gewillt, trotz dieser Steuerfusserhöhung die Anstrengungen zur Bereinigung des strukturellen Defizits fortzuführen.

Freies Eigenkapital sinkt auf rund 270 Mio. Franken

Der Kantonsrat hatte in den Budgetvorgaben für den Bezug des freien Eigenkapitals einen Maximalwert von 100 Mio. Franken vorgegeben. Er hatte aber auch signalisiert, allfällige Ausfälle bei den Erträgen der Schweizerischen Nationalbank durch höhere Eigenkapitalbezüge abzudecken. Im Voranschlag 2012 sind Bezüge aus dem freien Eigenkapital von insgesamt 200 Mio. Franken enthalten.

Aufgrund der mutmasslichen und budgetierten Rechnungsdefizite sowie der vorgesehenen Eigenkapitalbezüge sinkt der Bestand des freien Eigenkapitals bis Ende 2012 voraussichtlich auf rund 270 Mio. Franken. Unter Einbezug des besonderen Eigenkapitals ist Ende 2012 ein Eigenkapitalbestand von gesamthaft noch rund 700 Mio. Franken zu erwarten. Der Bezug des besonderen Eigenkapitals ist auf jährlich 30.6 Mio. Franken beschränkt. Finanzpolitisch von Bedeutung ist somit der Bestand des freien Eigenkapitals. Mit einem Wert von rund 270 Mio. Franken ist der entsprechende Spielraum stark eingeschränkt.

Investitionen liegen auf hohem Niveau

Die Investitionsrechnung verzeichnet gegenüber dem Vorjahresbudget einen leichten Rückgang der Bruttoinvestitionen. Die Nettoinvestitionen reduzieren sich gegenüber dem Voranschlag 2011 um rund 22 Mio. Franken, liegen aber immer noch auf einem hohen Niveau.

Die Investitionsrechnung enthält neben den Aufwendungen für den Strassenbau nur jene Investitionen und Investitionsbeiträge, welche die für das fakultative Finanzreferendum massgebliche Betragsgrenze von 3 Mio. Franken erreichen. Ausgaben mit Investitionscharakter, welche diese Grenze nicht erreichen, sind im Gesamtumfang von 156.3 Mio. Franken (Vorjahr 152.4 Mio. Franken) in der laufenden Rechnung budgetiert. Diese Aufwendungen sind auf den Sachaufwand (83.5 Mio. Franken), die Staatsbeiträge (56.3 Mio. Franken) und die durchlaufenden Beiträge (16.5 Mio. Franken) verteilt.

Ausblick auf die kommenden Jahre

Aufgrund des rückläufigen Bestands des freien Eigenkapitals auf rund 270 Mio. Franken per Ende 2012 ist der finanzpolitische Spielraum in der Zukunft stark eingeschränkt – dies verstärkt durch die Aussicht, dass Nationalbankgewinne längerfristig ausbleiben und Steuererträge sich weniger dynamisch entwickeln werden. Die Regierung prüft derzeit die verschiedenen Szenarien. Zu beachten sind dabei auch die zu erwartenden Veränderungen beim Bundesfinanzausgleich sowie die Entwicklungen auf der Aufwandseite.

Weitere Sparanstrengungen sind aber auf jeden Fall unumgänglich. Dazu gehört die integrale Umsetzung des im Februar 2011 beschlossenen ersten Sparpakets. Darüber hinaus wird die



Regierung rasch das zweite Sparpaket auszuarbeiten. Der Umfang der vom Kantonsrat beschlossenen 50 Mio. Franken wird dafür nicht ausreichen. Die Regierung wird auf Basis der aktualisierten, im Detail noch zu prüfenden Finanzplanzahlen das Sparvolumen festlegen und im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans 2013-2015 die nächsten Schritte kommunizieren.